

**Bericht über den
den XVII. Kongresses vom 03. bis 06. April 2009 in Tirana (Albanien)**

Der Kongress fand zeitgleich mit der Aufnahme Albaniens in die NATO statt. Dies wurde in Albanien mit euphorischer Freude und Begeisterung aufgenommen. Außerdem lief im Parlament eine Debatte über die Annahme der Lustration (Bereinigung von Folgen aus der kommunistischen Diktatur); der Kongress passte daher genau in diese Thematik.

Anlässlich dieses Kongresses strahlte das staatliche Fernsehen am 2. April 2009, 14 Uhr, eine einstündige Live-Übertragung aus. An dieser nahmen der Präsident der Internationalen Assoziation Jure Knezović, der Präsident des albanischen Mitgliedsverbands, Shoqata e ish te Perndjekurve Politike Antikomuniste te Shqiperise Skënder Qëndro, der Regierungsbeauftragte für Häftlingsfragen Simon Mirakaj sowie die Mitglieder und Opfer Lili Ndoci und Tomor Aliko teil. Die Ausführungen der Teilnehmer wurden mit dokumentarischen Filmausschnitten aus der kommunistischen Diktatur unterlegt. Neben Berichten über die die kommunistische Unterjochung wurden immer wieder die Forderungen gestellt nach einer Verurteilung des Kommunismus, nach einer Bereinigung, Bestrafung der Schuldigen bzw. Entfernung von der Hebeln der Macht, Umschreibung von Schul- und Geschichtsbüchern unter Berücksichtigung der kommunistischen Unterdrückungsmaßnahmen, sowie eine gleiche Beurteilung aller drei totalitären Systeme, der faschistischen, nationalsozialistischen und kommunistischen.

Am 3. April 2009 lud der deutsche Botschafter in Albanien anlässlich des XVII. Kongresses die Damen Dr. Kaminsky Gleinig (Stiftung Aufarbeitung), die albanischen Vertreter Qëndro und Mirakaj und den Präsidenten der Inter-Asso Jure Knezović zu einem Mittagessen ein.

Der amtierende albanische Ministerpräsident Sali Berisha konnte nicht - wie vorgesehen - die Kongressteilnehmer begrüßen und den Kongress eröffnen, da er zur gleichen Zeit im Zusammenhang mit der Aufnahme Albaniens in die NATO an den Jubiläumsveranstaltungen in Straßburg und Kehl teilnahm. Dafür besuchten die Delegierten eine beeindruckende Sonderausstellung im Nationalmuseum in Tirana zum Genozid während der kommunistischen Gewaltherrschaft mit Listen und Fotografien von Opfern und Haftstätten sowie sonstigen Exponaten. In dem relativ kleinen Albanien herrschte die wohl brutalste kommunistische Diktatur. Ergänzend dazu führte die albanische Delegation später Filmdokumente über Verbrechen während der kommunistischen Gewaltherrschaft und deren Opfer in Albanien vor. Hiervon waren alle Teilnehmer tief beeindruckt. Mit rund 6.400 Hinrichtungen und politischen Morden ist die Auslöschung der Intelligenz Albaniens einem Genozid gleichzusetzen.

Bei der Begrüßung der Kongressteilnehmer aus 10 Mitgliedsländern teilte Präsident Knezović mit, dass am 5. Dez. 2008 das rumänische Gründungsmitglied Constantin Ticu Dumitrescu nach langer und schwerer Krankheit im Alter von 80 Jahren verstorben ist, und würdigte seine Verdienste. Die Teilnehmer gedachten in einer Schweigeminute des Verstorbenen.

Für den verhinderten Ministerpräsident Albaniens begrüßte sein Stellvertreter Genz Pollo die Kongressteilnehmer. Er zeigte sich glücklich, dass Albanien jetzt als neues Mitglied der NATO enger in die Staatengemeinschaft mit ihren Werten von Demokratie und sozialer Gerechtigkeit eingebunden sei. Das bedeute auch die Notwendigkeit der internationalen Zusammenarbeit wie auf diesem Kongress, an die schrecklichen Ereignisse in der Vergangenheit zu erinnern und der Toten zu gedenken als eine Mahnung der Geschichte, dass sich so etwas nie wiederholen darf. Das schließe auch die soziale Wiedergutmachung für die Betroffenen ein.

Zur Notwendigkeit einer Aufarbeitung schilderte Frau Dr. Anna Kaminsky, die Geschäftsführerin der bundesdeutschen Stiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur die sich in Deutschland zeigende Tendenz einer Verklärung der Diktatur in der früheren DDR. Hiergegen aber erhebe sich starker Widerstand aus Bevölkerung und Politik. Das zeige, dass derartige Tendenzen das Bewusstsein schärfen, sich intensiver mit den damaligen Vorgängen zu befassen. Hier müsse die Aufklärungsarbeit der Opferverbände und Aufarbeitungsinitiativen ansetzen. Diese Thematik ergänzte Frau Ruth Gleinig, ebenfalls von der bundesdeutschen Stiftung, und erinnerte an ihren Vortrag beim XIV. Kongress 2006 in Budapest über die internationale Dokumentation der Erinnerungsorte an die kommunistischen Verbrechen.

Die Delegierten berichteten die Delegierten über Ereignisse in den Mitgliedsländern; so u.a. aus

Kroatien: dass erst vor wenigen Wochen wieder ein Massengrab mit 400 mumifizierten Leichen (Kroaten und Slowenen) in dem zubetonierten Stollen eines Bergwerks entdeckt wurden,
 Bosnien und Herzegowina: dass ein Lustrationsgesetz immer noch nicht verabschiedet wurde,
 Rumänien: dass nach neuen Erkenntnissen in den rund 200 Gefängnissen und Vernichtungslagern über 800.000 Opfer gezählt wurden, landesweit Gedenkstätten sowie ein Museum und ein internationales Zentrum für das Studium des Totalitarismus errichtet wurde,
 Litauen: über die Vorbereitung zu einem Dokumentationsfilm über die zwischen 1950 und 1958 132.000 Deportierten und 200.000 politischen Häftlinge in Litauen;
 Tschechische Republik: über Veranstaltungen in Brünn und Prag und das 2008 errichtete Staatsinstitut für das Studium des Totalitarismus.

Die Delegierten besichtigten noch die Betonbunker, die zu hunderten mitten in der Landschaft auf den Feldern Albaniens ohne jegliche militärische oder strategische Bedeutung zum Zweck der Einschüchterung der Menschen und Zeichen der Macht des Systems errichtet wurden.

Zum Abschluss verabschiedete die

Internationale Assoziation ehemaliger politischer Häftlinge und Opfer des Kommunismus e.V.

folgende

Resolution:

Die in der Internationalen Assoziation ehemaliger politischer Gefangener und Opfer des Kommunismus vertretenen nationalen Opferverbände fordern von den postkommunistischen Staaten, zur Festigung einer demokratischen und rechtsstaatlichen Entwicklung

- Verurteilung der kommunistischen Diktatur durch alle politischen Kräfte, die sich zur Demokratie bekennen,
- die Justiz von Staatsanwälten und Richter zu säubern, die an politisch motivierten Unrechtsurteilen mitgewirkt haben,
- Schul- und Geschichtsbücher an die historische Entwicklung anzupassen und die kommunistischen Unterdrückungsmaßnahmen aufzuzeigen

Shoqata e ish te Perndjekurve Politike Antikomuniste te Shqiperise (al)

Zajednica društava političkih zatvorenika Bosne i Hercegovine (ba)

Konfederace Politických Vězňů ČR (cz)

Union der Opferverbände Kommunistischer Gewaltherrschaft e.V. (de)

Board of South Estonian Association of Political Prisoners (ee)

Hrvatsko društvo političkih zatvorenika (hr)

Magyar Politikai Foglyok Szövetsége (hu)

Latvijas politiski represēto apvienība (lv)

Lietuvos politinių kalinių ir tremtinių sąjunga (lt)

Asociația Fostilor Detinuti Politici din Romania (ro)

Zväz Protikomunistického Odboja (sk)

Zväz Protikomunistického Odboja (sk)